

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 286

4. Juni 2003

9. Jahrgang

Das politische Projekt der Indígenas muss warten

Juan León Alvarado ist Vertreter der Defensoría Maya, die sich für die Rechte der indigenen Bevölkerung stark macht und hat schon zweimal für die inzwischen aufgelöste Demokratische Front Neues Guatemala (FDNG) für die Wahlen kandidiert. In einem Interview mit der Tageszeitung Prensa Libre versicherte er, dass die Zeit in Guatemala noch nicht reif sei für einen Indígena als Präsidenten, aber dass dieses Ziel mit viel Arbeit und Engagement zu erreichen sei.

Frage: Wie sieht das wahlpolitische Szenario für die Indígenas aus?

Juan León Alvarado: So wie heute die Parteien daherkommen, die Auswahl ihrer KandidatInnen und der Inhalt ihrer politischen Programme, haben wir das Gefühl, in die Vergangenheit zurückgeworfen worden zu sein. 98% der KandidatInnen für die Präsident- und Vizepräsidentenschaft sind Nicht-Indígenas. Von Gleichstellung kann also nicht die Rede sein. Die Indígenas selber beteiligen sich höchstens auf lokaler Ebene in Gemeinderatsgremien. Mehr nicht.

Frage: Werden die Indígenas als WählerInnen verachtet?

J. L.: Die PolitikerInnen haben eine Mentalität des Ausschlusses und der Verachtung gegenüber ihrer WählerInnenschaft. Sie benützen die Indígenas während der Wahlkampagne aber ausschliesslich für operative Zwecke. Sie schätzen uns, weil wir so viel Ausdauer haben, nicht müde werden beim Verteilen von Flugblättern und weite Strecken gehen, aber damit hat es sich auch schon.

Frage: Wie viele Indígenas gehen wählen?

J. L.: Rund 70% der guatemaltekischen Bevölkerung sind Indígenas. Umgerechnet in Wahlstimmen und angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung machen sie etwa die Hälfte aller WählerInnen aus. Die Abgeschiedenheit ihrer Gemeinden ist oft ein Faktor, der sie vom Wählen abhält. Ein anderer ist der wirtschaftliche Aspekt. Viele Indígenas haben keinen Ausweis und sind nicht ins Wahlregister eingetragen. Auch wenn nun Computer in den Einkaufszentren aufgestellt werden, damit sich die Leute ins Wahlregister eintragen lassen können – für sie ist es wichtiger, ihren Kindern etwas zu essen zu kaufen, als Geld für einen Ausweis auszugeben.

Frage: Mit welchen Themen gewinnt man die Stimmen der Indígenas?

J.L.: Ein wichtiges Thema ist der Wiederaufbau staatli-

cher Institutionen. Die öffentliche Politik muss verändert werden, die Leute müssen wieder Vertrauen in ihre politischen VertreterInnen haben können. Zu sagen, eine Regierung könne alle Probleme lösen, ist pure Demagogie, weil die existierenden Institutionen diese Kapazität nicht haben. Es müssen Mechanismen geschaffen werden, welche die Beteiligung der Indígenas garantieren, ohne dabei in Apartheid zu verfallen. Wenn ich Kandidat wäre, wäre das der einzige Punkt in meinem Regierungsprogramm.

Frage: Was hat es mit der vermeintlichen Manipulierbarkeit der indigenen WählerInnenstimmen auf sich?

J. L.: Da wird etwas verwechselt. Wir Indígenas sind loyal. Wenn wir unser Wort geben, halten wir es. Diese Eigenschaft wird mit Manipulierbarkeit verwechselt. Die Wahlstimme der Indígenas ist manipulierbar, nicht weil wir dumm wären, sondern weil eine unserer Qualitäten ausgenutzt wird. Natürlich ist es schwierig, wenn den Leuten etwas angeboten wird, z. B. einer Gemeinde ein Projekt oder die Lieferung von Düngemittel versprochen wird. Es ist Teil unserer Arbeit, den Leuten das Bewusstsein zu vermitteln, ihre Stimme nicht gegen ein Geschenk zu verkaufen. Wir mussten auch immer wieder die Erfahrung machen, dass uns die PolitikerInnen während der Wahlkampagne etwas versprochen und danach nicht einhielten.

Frage: Was halten Sie von der Kandidatur von Rigoberto Quemé Chay?

J. L.: In meinen Kreisen ist er sehr akzeptiert. Seine Kandidatur wird positiv bewertet als der Beginn indigener Partizipation. Ich würde sagen, 90% der indigenen Organisationen stehen hinter ihm. Wie es mit der Bevölkerung an sich steht, kann ich nicht sagen.

Rigoberto steht viel Arbeit bevor. Ich habe zweimal an Wahlprozessen teilgenommen und weiss, dass zwischen der Illusion und der politischen Realität ein breites Feld liegt. In unserem Land muss sich jemand bedauerlicherweise einer reichen Partei „verkaufen“ oder viel Geld besitzen, um gegen die traditionellen Sektoren anzukom-

men.

Frage: Wann ist Guatemala reif für einen indigenen Präsidenten?

J. L.: Wir sind mit unserer politischen Strategie noch nicht soweit, einen Präsidenten stellen zu können. Wir müssen uns eine breite Basis schaffen, die auch wirtschaftlich Stand hält. Wir wollen ein indigenes politisches Projekt aufbauen, in dem indigene UnternehmerInnen, HändlerInnen, ProduzentInnen vertreten sind, die das Bewusstsein eint, dass sie alle für dieselbe Sache arbeiten.

Frage: Existiert ein solches Projekt schon?

J. L.: Wir wollen eine solche Bewegung ins Leben rufen, doch ich glaube

nicht, dass wir in vier Jahren, bei den nächsten Wahlen, schon soweit sind. Unser Ziel ist, das indigene Projekt mit dem „bathun“ zu verwirklichen, im Jahre 2012. Im heiligen Buch der Mayas heisst es, dass sich im Jahr 2012 ein Kreis schliesst und ein neuer Zyklus für die Menschheit beginnt. In unserer Kosmvision bewegen sich die Prozesse in Zyklen: 500 gute Jahre und dann 500 schlechte Jahre. Im Jahr 2012 beginnen 500 gute Jahre. Bis dahin werden wir vorbereitet sein, viele Indígenas „technifizieren“ sich, studieren an den Universitäten und das indigene Bewusstsein und unsere Identität wächst stetig.

Frage: Was unterscheidet einen indigenen Kandidaten von einem Ladino?

J. L.: Die Leute wählen nicht für je-

manden, weil er oder sie Indígena ist. Sie schauen dich an und denken: Der ist ja genau wie wir, arm und diskriminiert, wohin will er unser Land führen? Die Indígenas haben Ansprüche an ihre indigenen VertreterInnen. Das Problem ist, wie wir unsere Werte ins alte System einfließen lassen ohne uns von diesem System vereinnahmen lassen. Wir haben festgestellt, dass es oftmals nicht darauf ankommt, ob einE BürgermeisterIn Indígena oder Ladino ist, sie sind ebenso rassistisch und ausschliessend und folgen einfach ihrer Parteilinie.

Frage: Das heisst, es ist eine Frage der Ideologie?

J. L.: Es gibt indigene Werte, die etwas verändern können, aber wir sind nicht stark genug, diese spür- und fühlbar und für alle zugänglich zu machen.

Politische Gleichberechtigung: Indígenas sind weit davon entfernt

Zur Vervollständigung des obenstehenden Interviews, fügen wir im folgenden einen weiteren Artikel zum Thema ein, der auf zwei Meldungen der Nachrichtenagenturen CERIGUA bzw. CEG (Centro de Estudios de Guatemala) von jeweils Mitte Mai beruht.

Obwohl die Mehrheit der wählenden Bevölkerung Indígena ist, sind die politischen Spielräume für deren Führungspersönlichkeiten rar. In diesem Jahr scheinen sich nur wenige indigene RepräsentantInnen für Posten der Volkswahlen aufstellen zu lassen. In der vorhergehenden Wahlen vertraten Indígenas verschiedener Parteien und Fachleute die Meinung, dass die Wahlen eine Prüfung seien, ob die Diskriminierung überwunden würde und mehr und bessere Wahlposten von Indígenas übernommen werden könnten.

Auch wenn seit 1986 die Zahl der indigenen Stadtoberhäupter zugenommen hat, bleiben die Parlamentssitze, Positionen in der Exekutive und Direktionsämter für die Maya-VertreterInnen weiterhin begrenzt. In der politischen Geschichte des Landes haben insgesamt nur drei Indígenas als KandidatInnen für die Vizepräsidentschaft teilgenommen, während in diesem Jahr der indigene Bürgermeister von Quetzaltenango, Rigoberto Quemé Chay, als erster Indígena für die Präsidentschaft kandidiert. Für ihn wie für seinen Amtskollegen aus San Juan Sacatepéquez, Édgar Ajcíp, spiegelt sich in der Politik der anhaltend hohe Grad an rassistischer Diskriminierung der guatemalteckischen Gesellschaft wider.

Der Politologe Álvaro Pop und der Direktor der Defensoría Maya, Juan León, weisen darauf hin, dass trotz aller in den letzten Jahren unternommenen Anstrengungen keine der Schlüsselpositionen von VertreterInnen der indigenen Völker besetzt sind. Für beide müssten sowohl die soziale als auch die politische Dynamik so transformiert werden, dass sie umfassender seien, was die zukünftigen Beteiligungsmöglichkeiten der Indígenas in der politischen Kampfarena vergrössern würde.

Aufgrund der weitverbreiteten Diskriminierung leugnen viele PolitikerInnen ihre indigene Herkunft und vermeiden, in ihrer Muttersprache zu reden. So ist der Anteil indigener Abgeordneter in den Parteien oft unbekannt, da, so der Queqchí-Parlamentarier Haroldo Quej, es viele gebe, die sich nicht mit ihren Wurzeln identifizierten, weil sie auf diese nicht stolz seien. Ein weiteres Problem sei laut Quej der „Folklorismus“, den die indigenen Gruppen zuliessen, und der darin bestehe, als „Füllsel“ oder „Dekoration“ in öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Grundsätzlich bestehe das Problem der mangelnden politischen Präsenz auf zwei Ebenen: „Wir sind in unserem politischen Agieren eingeschränkt worden, aber gleichzeitig bedürfen wir einer besseren Organisation,“ so Quej.

In Guatemala sind laut Schätzungen 60% der Bevölkerung indigener Herkunft; 89,5% der Indígenas leben in extremer Armut; in ländlichen Gebieten besteht eine enorme Differenz in den monatlichen Einnahmen: während eine indigene Person 910 Quetzales (rund

US\$ 115) bekommt, erhält eine nicht-indigene Person 1'723 Quetzales (ca. US\$ 218); 66% der indigenen Bevölkerung im Schulalter geht nicht in die Schule; im Durchschnitt beläuft sich die Schulzeit dieser Bevölkerungsgruppe auf 1,3 Jahre; 65% der Indígenas sind AnalphabetInnen.

Für die indigenen Frauen bestehen noch einmal zusätzliche Begrenzungen und Hindernisse, um sich an der Bürgerschaft und vornehmlich an den Wahlprozessen zu beteiligen, so Magalí Gómez von der Bürgerrechtseinrichtung der Indigenen Frau DEMI im Departement Huehuetenango. Zu dem angesprochenen hohen Grad des Analphabetismus kommt die Einsprachigkeit einiger Institutionen, wie dem Obersten Wahlgericht (TSE). Dies stelle in vielen Regionen eine Barriere für die Frauen dar, die des Spanischen nicht mächtig seien, so Gómez.

Die Departements-Koordinatorin der DEMI weist darauf hin, dass der Grossteil der indigenen Frauen von ihren Ehemännern abhängig sei und nicht über die finanziellen Mittel verfüge, um u.a. die Fahrten in die Stadtzentren zu bezahlen. Zudem sei ihr Aktionsradius traditionell oft auf die Hausarbeiten beschränkt, die sie nicht vernachlässigen könnten.

Zu diesen Schwierigkeiten müsse man laut Gómez hinzufügen, dass der Raum zur Beteiligung der Frauen an der Politik so gut wie nicht existiere und die Abwertung des starken Potentials der Frauen in den traditionellen politischen Parteien weit verbreitet sei.

Systematische Ermordung von Maya-Priestern

Guatemala, 21. Mai. In den vergangenen acht Monaten wurden verschiedene Maya-Priester und spirituelle Führer ermordet. Einige von ihnen waren an der Exhumierung von Massengräbern beteiligt und begleiteten die Hinterbliebenen in ihrer Trauer um die Opfer. Alle waren Schlüsselfiguren in ihren Gemeinden und haben sich öffentlich für die Rechte und Identität der indigenen Bevölkerung stark gemacht. In den zwischen September 2002 und Mai 2003 bekannt gewordenen Fällen handelte es sich nicht um Raubmord. Trotzdem versuchen Polizei und Ex-Militärs die Morde dem „gemeinen Verbrechen“ zuzuschreiben. Da eine ernsthafte Untersuchung der Morde zur Aufdeckung von klandestinen Netzwerken führen könnte, die mit Repression die soziale Kontrolle aufrechterhalten, bleiben die Verbrechen ungeklärt und unbestraft.

Am Nachmittag des 3. Mai, während einer Maya-Zeremonie in einem Dorf bei Rabinal, Baja Verapaz, wurde der Maya-Priester Gerardo Camó mitten im Gebet aus nächster Nähe durch sieben Schüsse getötet. Der fliehende Täter wurde von den Anwesenden als ein aus dem selben Dorf wie Camó stammender Polizist erkannt, bekannt dafür, dass er des Nachts mit offensichtlich gestohlenen Waffen in der Gegend herumschiesst. Der ermordete Priester arbeitete eng mit der *Vereinigung für eine integrale Entwicklung der Gewaltopfer Maya Achí* (ADIVIMA) zusammen.

Am 3. April wurde der Maya-Priester und Mitglied der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), Diego Xon Salazar, in einer Gemeinde in Chichicastenango von schwerbewaffneten Männern aus dem Garten seines Hauses entführt. Später am selben Tag hörten seine Kinder Schüsse in der Umgebung und gingen davon aus, dass ihr Vater ermordet wurde. Am nächsten Tag begannen sie die Suche nach ihrem Vater und baten die lokale Polizei um Unterstützung. Diese brach die Suche jedoch schnell ab und behauptete, sie bräuchte dazu eine richterliche Verfügung. Als die Familie beim lokalen Friedensrichter um diese Verfügung bat, schickte man sie in die Distrikthauptstadt, wo das zuständige Gericht erst am Montag wieder geöffnet hatte. Bereits am Samstag wurde Xon's Leiche auf einem Feld ausserhalb des Dorfes gefunden. Xon unterstützte 17 lokale Menschenrechtsorganisationen, die zusammen mit der GAM Exhumierungen durchführen. Er war Mitglied der Akademie der Mayasprachen (ALMG) und sprach sich im März 2002 öffentlich gegen die Reorganisierung der Zivilpatrouillen aus. Seither bekam er immer

wieder Morddrohungen von Mitgliedern der Ex-PAC und von Mitgliedern evangelikaler Sekten, die ihn aufforderten, seine religiösen Aktivitäten einzustellen.

Am 16. Dezember 2002 wurden der 72-jährige Maya-Priester Marcos Sical Perez und seine 71-jährige Frau Marcela im Hof ihres Hauses in Pichec, Rabinal, angegriffen. Sical wurde mit 12 Schüssen ins Gesicht getötet, seine Frau mit fünf Schüssen ins Bein schwer verletzt. Auch Sical arbeitete für ADIVIMA und engagierte sich speziell im Fall des Massakers von Río Negro. Marcela und die Tochter der beiden, die den Überfall beobachtete, erkannten die Täter. Einer von ihnen arbeitet im Nachbardorf für ein privates Sicherheitsunternehmen und durchlief in früheren Jahren die Schule der militärischen Spezialtruppe *Kaibiles*. Eine Anzeige gegen die beiden Täter konnte erst Ende Januar erstattet werden: die Bezirksanwaltschaft war wegen der Weihnachtsferien geschlossen. Die Männer wurden kurz darauf verhaftet. Eine formale Anklage gab es nie, am 13. März waren sie wieder auf freiem Fuss.

Am 9. Oktober 2002 wurde der Maya-Priester, Rechtsanwalt und Mitbegründer der Akademie der Maya-Sprachen, Antonio Pop Caal, entführt und wenige Tage darauf tot aufgefunden (siehe ¡Fijáte! 275). Obwohl die Entführer kein Interesse an Verhandlungen und an einem Lösegeld zeigten, wird das Verbrechen von den Behörden als „gemeine Kriminalität“ behandelt. Die Familie von Pop Caal und guatemaltekische Menschenrechtsorganisationen sind

davon überzeugt, dass es sich um einen politisch motivierten Mord handelt.

Am 6. September 2002 wurde in Joyabaj, Quiché, der spirituelle Führer Manuel Garcia de la Cruz brutal gefoltert und ermordet. De la Cruz hatte sich als Mitglied der Witwenorganisation CONAVIGUA für die Exhumierungen in den Gemeinden Joyabaj und Sacapulas eingesetzt und die Hinterbliebenen spirituell begleitet. In seinem Fall wurde niemand verhaftet, die Untersuchungen seitens der Polizei verlaufen schleppend bis gar nicht.

Auch wenn all diese Morde sowie die anderen, hier nicht genannten Fälle von Drohung und Einschüchterung von Maya-Priestern offiziell als Einzelfälle und als „gewöhnliche Verbrechen“ abgehandelt werden, muss man sie in einem breiteren, historischen Kontext analysieren. Gerade in der Zeit der wieder aufkommenden Ex-PAC, der zunehmenden sozialen Kontrolle und Repression während und wegen der anstehenden Wahlen, darf die politische Dimension dieser Morde nicht übersehen werden. In den vorwiegend von Indígenas bewohnten Departements Quiché, Chimaltenango und den Verapaces, die während des Krieges extrem unter den verbrecherischen Praktiken des Militärs gelitten haben, spielen spirituelle Maya-Führer eine wichtige Rolle im Wiederaufbau- und Versöhnungsprozess. Sie zu ermorden bedeutet – auch heute noch – bewusst zu versuchen, den Widerstand der indigenen Bevölkerung zu brechen.

Río Negro: Täter gefasst

Baja Verapaz, 29. Mai. Die Distriktsanwaltschaft verhaftete vier Verantwortliche des Massakers von Río Negro, bei dem am 13. März 1982 in dem Dorf bei Rabinal mehr als 175 Personen umkamen. Die Festgenommenen gehören zu einer Gruppe von ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC), die laut Staatsanwalt Nicolás García an jenem Tag Frauen und Kinder vergewaltigten und ermordeten und die Opfer beraubten. Laut Aussagen der Häftlinge sei Hauptmann José Antonio Solares González der intellektuelle Täter des Verbrechens. Dieser und seine mitverantwortlichen Militärkollegen, gegen die Haftbefehl besteht, weichen bislang mit Spitzfindigkeiten der Justiz aus. García weist darauf hin, dass die Zeugenaussagen und wissenschaftlichen Beweismaterialien, die von der *Vereinigung für die integrale Entwicklung der Opfer der Gewalt Maya Achí* (ADIVIMA) eingereicht

wurden, grundlegend sind für die gegen die Beschuldigten eingeleiteten Rechtsschritte. ADIVIMA tritt als Nebenklägerin auf.

Inzwischen befand ein Richter der ersten Instanz von Baja Verapaz die vorhandenen Beweismittel als ausreichend und ordnete den Beginn des Gerichtsprozesses gegen die inhaftierten Ex-PAC an. Ende November 1998 verurteilte dasselbe Gericht drei Ex-PAC, die wegen der Teilnahme an jenem Gemetzel für schuldig befunden wurden, mit der Todesstrafe. Aufgrund von angeblichen Unregelmäßigkeiten während des Prozesses wurde dieses Urteil vom Berufungsgericht im Februar 1999 jedoch annulliert. Monate später eröffnete ein anderes Gericht einen weiteren Prozess gegen die Ex-PAC und verurteilte sie zu 50 Jahren Haft. Zudem ordnete es die Verhaftung von zehn Ex-PAC an, von denen sechs nun also einen Prozess bekommen.

Staatlich verordnete Mehrsprachigkeit

Guatemala, 8. Mai. Der guatemaltekeische Kongress verabschiedete mit Unterstützung aller Parteien ausser den *Unionistas* das Gesetz über die Anerkennung der Maya-Sprachen als Nationalsprachen. Das Gesetz schreibt vor, dass es in Gemeinden, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung eine der 23 Maya-Sprachen spricht, die öffentlichen und administrativen Dienste sowohl in Spanisch als auch in der jeweiligen Maya-Sprache angeboten werden müssen. Auf der Gemeindebehörde, im Zivilstandesamt, in der Schule, im Gesundheitszentrum und in den lokalen Gerichten soll künftig Personal vorhanden sein, das die Bevölkerung in ihrer eigenen Sprache bedienen und beraten kann. In der Praxis heisst das, dass alle im Kongress verabschiedeten Gesetze und auch die im Ausland unterzeichneten internationalen Abkommen übersetzt werden müssen. Die Akademie der Maya-Sprachen (ALMG) wird damit beauftragt, diese Übersetzungsarbeit zu leisten sowie die Angestellten auszubilden, die in einer zweisprachigen Region arbeiten, jedoch nicht schon beide Sprachen beherrschen.

VertreterInnen von Maya-Organisationen begrüssen diesen Schritt, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass es mit der Annahme eines Gesetzes allein noch nicht getan ist. Pablo Puac von der Vereinigung der Maya-StudentInnen fordert von der Regierung die Bereitstel-

lung der entsprechenden finanziellen Mittel, um das Gesetz in die Praxis umzusetzen. Er glaubt auch, dass das Einschwenken der Regierung in dieser Frage auf nationalen und internationalen Druck zurückzuführen sei. Schliesslich sei die Mehrsprachigkeit einer der zentralen Punkte der Friedensabkommen. Etwas verdächtig sei deshalb die Tatsache, dass das Gesetz ausgerechnet eine Woche vor dem Treffen der Konsultivgruppe angenommen wurde, bei dem die Umsetzung der Friedensabkommen evaluiert wurde, erklärt Puac.

Auch die ALMG selbst ist nicht ganz glücklich über das neue Gesetz und bedauert, dass ihr Vorschlag über die Schaffung einer gemeinsamen Hochsprache, die eine Verbindung zwischen den verschiedenen Sprachgemeinden geschaffen hätte, nicht angenommen wurde. Die ALMG schlug das Quiché als diese gemeinsame Sprache vor, da Quiché – nach Spanisch – die am weitesten verbreitete Sprache im Land ist.

Eine weitere Kritik von LinguistikexpertInnen an dem neuen Sprachgesetz ist, dass es Sprachen retten wolle, die quasi verschwunden seien (wie z.B. das Xinca, das nur noch von wenigen Personen gesprochen wird). Wissenschaftlich sei es nicht möglich, Sprachen aufrechtzuerhalten, die niemand mehr spreche. Die Existenz einer Sprache hinge davon ab, dass sie gesprochen würde.

Rosario Pu von der BäuerInnenor-

ganisation CUC, sieht in diesem Gesetz ein wichtiges Werkzeug, um den Prozess der Multikulturalität und der Demokratisierung des Landes voranzutreiben. Ob es zur Zufriedenheit aller umgesetzt wird, hinge laut Pu in erster Linie vom politischen Willen der Regierung ab sowie vom Engagement der Institutionen, die mit der Umsetzung betraut würden.

Bereits seit 1983 gibt es die Generaldirektion für zweisprachige Erziehung (DIGEBI). VerteidigerInnen des neuen Gesetzes sehen in dieser zum einen den Beweis, dass es möglich ist, zweisprachig zu unterrichten und zum anderen die Garantie, dass das Gesetz angewendet und umgesetzt werden kann. ZweiflerInnen weisen darauf hin, dass nur 23% der insgesamt 900'000 Kinder indigener Herkunft in den Genuss des Angebots des DIGEBI kämen, doch der Schulunterricht der restlichen 77% auf Spanisch erteilt würde. Nicht zuletzt wird von beiden Seiten – BefürworterInnen und GegnerInnen – das Argument der Identität herbeigezogen. Wer in einer anerkannten Sprache sprechen dürfe, fühle sich „mehr Guatemalteke“, heisst es auf der einen Seite. Auf der anderen wird eine Spaltung der Gesellschaft befürchtet, weil nach dem neuen Gesetz z.B. auch traditionelle Flur- und Strassennamen oder Fincas etc. je nach linguistischer Gemeinde in eine Maya-Sprache, Garifuna oder Xinca umbenannt werden müssen.

Aus der Geschichte gelernt?

Washington, 15. Mai. Bis in die jüngste Gegenwart hatte die „offizielle Version“ der guatemaltekeischen Geschichte Bestand, die die Ursache des 36 Jahre dauernden Krieges dem sich in Lateinamerika verbreitenden Kommunismus zuschrieb. „Das Militär sah sich gezwungen, die aufkommenden bewaffneten Gruppen, die das Land an sich reissen wollten, zu bekämpfen“, ist bis heute gängiges Argument gewisser Militärs und Zivilpersonen, die glaubten, Guatemala sei das Nadelöhr, durch das der Kommunismus den Kontinent eroberte. Um dies zu verhindern, wurde 1954 mit finanzieller, ideologischer und militärischer Unterstützung der USA der guatemaltekeische Präsident Jacobo Arbenz gestürzt. Mit der konkreten Umsetzung des Planes wurde der damalige US-amerikanische Botschafter in Guatemala, John Peurifoy, beauftragt. Die „kommunistische Gefahr“, die von Arbenz und seiner Regierung ausging, waren soziale und landwirtschaftliche Reformen, die die Interessen US-amerikanischer Unter-

nehmen, z.B. der United Fruit Company, im Land gefährdeten. Der Rest lässt sich in den Geschichtsbüchern bzw. hoffentlich bald in guatemaltekeischen oder internationalen Gerichtsakten nachlesen.

Letzte Woche wurde dieser Geschichte ein weiteres Kapitel zugefügt. Nach einem über ein halbes Jahrhundert andauernden Schweigen bzw. lauthalsen Abstreiten, erkannte das US-amerikanische Aussenministerium seine Beteiligung am Sturz von Arbenz an. Bereits 1990 gaben einzelne CIA-Mitglieder die Durchführung elf geheimer Operationen in Lateinamerika zu, eine davon in Guatemala. Nun wurden während zwei Tagen in Washington bisher unveröffentlichte Dokumente vorgelegt, in denen die CIA zugibt, den Sturz von Arbenz finanziert und geleitet zu haben. Ausserdem wurde die Existenz des „Handbuch des Tötens“ bestätigt, das zu jener Zeit den CIA-Agenten in Guatemala gegeben wurde. Aus den Dokumenten geht u.a. hervor, dass Peurifoy die Ermordung von Arbenz' nahestehenden

Personen anordnete.

Die USA gibt also 50 Jahre später ihre Einmischung in nationale Angelegenheiten offen zu, die dazu führte, dass die politische Macht in die Hände von ultrarechten Militaristen kam, die, inspiriert vom fundamentalistischen Antikommunismus, eine blutige Jagd gegen alle Andersdenkenden begannen. In ihren Kommentaren über diese „Aufdeckung der Wahrheit“, die ein offenes Geheimnis war, äusserten sich globalisierungskritische JournalistInnen durchaus deutlich. Carolina Vásquez Araya schrieb in *el Periódico*: „Die Intervention der USA hatte unter anderem zum Ziel, ihre Handels- und Wirtschaftsinteressen zu sichern und den Zugang zu den Naturressourcen zu garantieren. Dieses selbe Ziel verfolgen sie heute mit den Freihandelsabkommen. Die Öffnung der Archive der CIA gehören nicht zum Abschluss einer vergangenen Zeit sondern sind der Beginn dessen, was in den nächsten Jahren auf die lateinamerikanische Wirtschaft zukommt.“

Rechtsprechung

Sololá, 16. Mai. Die *Defensoría Maya* bekundete ihre Zustimmung zum Urteil der ersten Gerichtsstanz von Santiago Atitlán, Sololá, das nun zu Gunsten von Pablo Antonio Tumax Tzoc entschied. Dieser war im September 2002 wegen Schmuggels und Betrugs in Zusammenhang mit alkoholischen und fermentierten Getränken verurteilt worden.

In einer Pressemitteilung bezeichnete die *Defensoría Maya* das Geschehen als historisches Vorkommnis in der Justiz Guatemalas. Es sei dies der erste Fall, bei dem gemäss der Rechte der Maya und Indígenas, die in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) garantiert werden, verfahren wurde: Ein *Kulturelles Gutachten* war eingeholt worden, um die Umstände der Situation zu klären.

Am 17. September 2002 war Tumax Tzoc von der Nationalen Zivilpolizei (PNC) festgenommen worden. Er hatte zehn Behältnisse mit dem *cuxa* genannten, selbstgebrannten Maya-Likör bei sich, die beschlagnahmt wurden. Den *cuxa* wollte er bei der Ehrenzeremonie an *Maximón* verwenden, wie es der lokalen Quiché-Kultur entspricht. Doch dies interessierte die PNC-Agenten in keinster Weise. Richter Mogollón Mendoza rief schliesslich einen Alten des Dorfes zu Rate, damit dieser bestätige, dass der *cuxa* für jene Zeremonie diene. Der Fall wurde nun geschlossen und Tumax Tzoc ist nach sieben Monaten Haft wieder frei.

In schlechter Verfassung

Guatemala, 26. Mai. Knapp 3 ½ Jahre nach Amtsantritt fällt Präsident Portillo auf, dass eine Verfassungsreform die einzige Möglichkeit sei, damit sich das Land entwickle, und sich ein Guatemala bilde, das demokratischer, toleranter, friedlicher und zivilisierter sei. Um den Prozess der Friedensverträge zu reaktivieren, gehörten zu den zu reformierenden Aspekten die Nationale Verteidigung u.a. in Bezug auf die mögliche Einsetzung eines zivilen Verteidigungsministers, der Zugang zu Land und die Rechte der Indigenen Völker. Schon bei seiner Auftaktrede vor der Konsultivgruppe vor wenigen Wochen bezeichnete er die Carta Magna als eine Zwangsjacke, die sich, als sie vor 18 Jahren formuliert wurde, auf Konzessionen und Partikularinteressen gegründet habe. Deswegen kündigte er nun die Einberufung einer Konstitutionsversammlung an, die jedoch bislang von der Opposition durchweg abgelehnt wurde. Doch dieser bedarf der Präsident, denn die Regierungspartei FRG stellt im Kongress keine Mehrheit, und der Beschluss müsste mit 2/3 der Stimmen verabschiedet werden. Aber selbst die Konstitutionsversammlung verfügt nur über eine eingeschränkte Reformautorisierung der Artikel zu den Individualrechten. Diese schliessen, laut Carlos Vega vom Sozialforschungsinstitut ASIES, nicht den Artikel 186 mit ein, der es bislang Efraín Ríos Montt verbietet (ihn jedoch schon zum dritten Mal nicht von dem Versuch abhält), sich als Präsidentschaftskandi-

daten aufstellen zu lassen, da er bereits einmal dieses Amt (vom 23. März 1982 bis 8. August 1983) innehatte. Lediglich über eine Volksbefragung sind grundlegende Veränderungen der Verfassung möglich, doch für eine solche fehlt laut Oberstem Wahlgericht (TSE) derzeit das Geld. Und der Erfolg wäre längst nicht gesichert. 1999 wurden 50 Reformvorschläge eingereicht, und alle wurden vom befragten Volk abgelehnt.

Diverse gesellschaftliche Sektoren beurteilen den Vorschlag des Präsidenten als Ablenkungsmanöver von derzeit aktuellen illegalen Aktionen der FRG. Zudem sei der Zeitpunkt einer Verfassungsänderung rund sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen mehr als ungünstig. Dabei wird grundsätzlich nicht bestritten, dass die Carta Magna erhebliche Mängel aufweist. Jedoch, so Irma Alicia Velásquez Nimatuj, Anthropologin und Repräsentantin der Indígenas in Quetzaltenango, würde die Problematik derzeit als strategisches Instrument benutzt, um WählerInnenstimmen zu sichern, indem womöglich durch Reformen letztendlich nur die Interessen von bestimmten Sektoren befriedigt würden. Zudem sei die bisherige Nicht-Erfüllung der Friedensverträge weniger auf die Verfassung, als vielmehr auf die entsprechende Untätigkeit der Regierung zurückzuführen. Auch Vega von ASIES weist darauf hin, dass es notwendig sei, erst einmal die vorhandenen Gesetze anzuwenden, bevor über eine Verfassungsreform nachgedacht würde.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Verrat

Guatemala, 28. Mai. Die Kritik an Guatemala von Seiten der mitbeteiligten Länder Honduras und Costa Rica am Freihandelsabkommen CAFTA zwischen Zentralamerika und den USA halten an. Guatemala wird sein „aggressives“ Angebot an die USA einer Zollaufhebung von 79% der Produkte einer aufgestellten Liste vorgeworfen, obwohl man sich vorher innerhalb der CA-Länder auf 60% geeinigt hatte. Die Aktion der guatemalteckischen Regierung wird auf deren Interesse an einer positiven US-Zertifizierung in Bezug auf den Drogenkampf zurückgeführt. Dieser Solo-Schritt, der diverse landwirtschaftliche Produkte in eine sofortige Zollbefreiung einschliesst, schwächt die Verteidigung dieses Sektors der anderen Länder der Region und macht viele bereits erreichte Fortschritte zunichte. Für Guatemala selbst gleicht die weite Öffnung u.a. seines Agrarmarktes einer Einladung zur

massiven Überschwemmung durch stark subventionierte US-Produkte. Nicaragua und Costa Rica überdenken nun ihr weiteres Vorgehen und ziehen ihren Rückzug aus den gemeinsamen Verhandlungen durchaus in Erwägung.

Währenddessen verzeichnet der guatemalteckische Markt im ersten Trimester laut Angaben der Bank von Guatemala (BANGUAT) eine Reduktion an Importen um 44%, jedoch ein Exportwachstum um 41,5%. Die Daten von 2002 ergeben, dass jedoch der Waffenimport enorm gestiegen ist (von US\$ 5,3 in 2001 auf US\$ 117,4 in 2002).

Von den traditionellen Produkten erlitt nur der Export von Kardamom einen Rückgang, beeinflusst durch den Irak-Krieg, denn die Hauptabnehmer sind die arabischen Länder. Kaffee (+12,2%), Banane (+14,3%) und Zucker (+18,6%) erfreuen sich indes eines Verkaufswachstums.

Gegen den Strompreis

Guatemala, 24. Mai. Obwohl in den Strassen des Dorfes El Mal Paso in Gualán, Zacapa, keine Laternen stehen, verlangt das Stromunternehmen *Deorsa* exzessive Preise von den BewohnerInnen. Einer der Einwohner berichtet, dass er in seinem Haushalt drei 80-Volt-Glühbirnen und ein Radio hätte. Doch die von *Deorsa* ausgestellte Rechnung schliesse noch eine Quote für die Öffentliche Beleuchtung ein, so dass er einen Betrag von 900 Quetzales (ca. US\$ 114) für den April zahlen soll, sonst würde ihm der Strom abgestellt.

Die Ankündigung der Anhebung der Stromtarife von Seiten eines anderen zuständigen Unternehmens stiess bereits im Vorhinein bei diversen gesellschaftlichen Sektoren auf Kritik. Die nämliche Dienstleistungsfirma EEGSA (*Empresa Eléctrica de Guatemala*) wies darauf hin, dass die Preiserhöhung die hohen Erdölpreise auf dem Weltmarkt widerspiegele. Doch die Verbraucherschutzorganisationen werfen den Unternehmen vor, mittels der Tarifsteigerung lediglich ihre eigenen Gewinne vergrössern zu wollen. Die Erhöhungen und die allgemeine Kritik in Bezug auf die Qualität der Stromversorgung durch die drei Hauptstromzulieferer auf nationaler Ebene liessen inzwischen Zwei-

fel hinsichtlich der Folgen der Privatisierung dieses Industriezweiges aufkommen.

Ende April hatte die *Nationale Stromenergie-Kommission* die Erhöhung der Stromtarife um 25% für KlientInnen von EEGSA genehmigt. Demnach müssen die KundInnen, die mehr als 300 kWh pro Monat verbrauchen, von Mai bis Juli 12 Centavos pro kWh mehr zahlen, während der Sozialtarif um insgesamt 1 Quetzal ansteigt. Dies ist jedoch für die 6 Mio. GuatemalteKInnen, die weniger als 14 Quetzales (US\$ 2) täglich zur Verfügung haben oder gar für die etwa 2,8 Mio. EinwohnerInnen mit 8 Quetzales am Tag kaum zu tragen. Denn die Tarifierhöhungen für die MehrverbraucherInnen, v.a. Kleine und Mittlere Unternehmen, schlagen sich automatisch über den allgemeinen Markt auf alle Produkte und somit auf jeden privaten Warenkorb zusätzlich nieder.

Byron Morales vom Verbraucherschutzverband DIACO meint, dass die Preiserhöhung weniger durch die gestiegenen Ölpreise sondern vielmehr daher resultieren, dass EEGSA ihre Verluste wettmachen will, die durch die relativ niedrig angesetzten Preise im letzten Trimester zustande kamen. Zudem hätte das Unternehmen in den zwei Wochen, in denen das Erdöl deutlich teurer war, gar keinen

Kauf getätigt. Laut Morales ist die Wurzel des Problems der Mangel an Gesetzen, um die Privatisierung zu regeln und die VerbraucherInnen zu schützen.

Selbst Präsident Portillo kritisiert die Stromtariferhöhung, schiebt die Verantwortung jedoch seinem Vorgänger Álvaro Arzú zu, unter dessen Regierung 1997 die Privatisierung des Strommarktes im Rahmen einer Welle von Entstaatlichungen nationaler Ressourcen vorgenommen wurde.

Der guatemalteKische Strom liegt seitdem in spanischen, nordamerikanischen und portugiesischen Händen. Die wenigen kommunalen Versorger decken kaum 7% des nationalen Marktes.

Zwar sind inzwischen rund 85% der Bevölkerung mit Strom versorgt, doch die Dienstleistung konzentriert sich auf Städte und die Strassen Richtung Atlantik und Quetzaltenango. Zu oft sind die KundInnen zudem der Willkür der Unternehmen ausgesetzt. An Guatemalas nationaler Abhängigkeit vom Erdöl hat sich auch nichts geändert, obwohl, so María del Carmen Aceña vom Wirtschaftsforschungszentrum CIEN, das Land die geeignete Geographie hätte, um den Grossteil seiner Energie mittels Wasserkraftwerke selbst zu produzieren.

Wanted: Internationale Begleitung gesucht

„Am 12. Februar 1982 kamen Gruppen von Militärs um 9 Uhr morgens in das Dorf Pacoj bei San Maflin Jilotepeque, Bezirk Chimaltenango. Die Soldaten gelangten an drei verschiedenen Punkten ins Dorf und kreisten es ein. Viele Dorfmitglieder flüchteten, andere blieben in ihren Häusern versteckt. Die Soldaten zwangen einige Frauen, für sie zu kochen. Als sie gegessen hatten, begannen sie, die Dorfmitglieder in ihren Häusern umzubringen. In acht Häusern kamen 35 Personen zu Tode. Bevor sie umgebracht wurden, schnitt man ihnen die Zunge heraus oder sie wurden schwer geschlagen. Draussen vergewaltigten, folterten und töteten sie fünf Frauen in der Nähe einer Bergschlucht sowie ein Kind und sieben Männer, die mit ihnen waren. An jenem Tag tötete das Militär in diesem Dorf 45 Personen: 20 Frauen, 16 Kinder und 12 Männer. Die Toten wurden von den Überlebenden in drei verschiedenen Massengräbern begraben.“ Aussage eines Zeugen, der an der kollektiven Klage teilnimmt, die am 3. Mai 2000 von der „Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung“, einer Gruppe Überlebender von zehn Massakern, vor das guatemalteKische Gericht gebracht wurde. Lange wurde über die Massaker an

der Zivilbevölkerung aus der Regimezeit unter Romeo Lucas García und Efraín Ríos Montt (1981-83) geschwiegen, nie aber wurden sie vergessen.

CALDH (*Centro para Accion Legal en Derechos Humanos*) ist eine Menschenrechtsorganisation, die Gerichtsverfahren anstrengt, in denen die Opfer persönlich als Zeuginnen der Anklage auftreten. Die erste Anklage gegen Ex-Diktator Lucas García, an der neun Dörfer der indigenen Bevölkerung beteiligt sind, erhob CALDH Anfang Mai 2000. Die zweite Anklage gegen Ríos Montt wurde im Juni 2001 eingereicht. An dieser sind ca. 15 weitere Dörfer beteiligt.

Da die Zeuginnen nicht anonym bleiben, ist eine der großen Sorgen die physische Sicherheit der Involvierten. Man will die Risiken für die Zeuginnen sowie der anderen Gemeindeglieder möglichst minimieren. Deshalb wurde den beteiligten Dörfern internationale Begleitung während der Prozesse angeboten. Die Erfahrung zeigt, dass durch eine solche Präsenz Einschüchterungen und Todesdrohungen zurückgehen.

Die BegleiterInnen leben in den Dörfern der Zeuginnen und begleiten diese auf ihren Reisen. Ihre Aufgabe ist, den Dörfern Hilfe und das Gefühl der Sicher-

heit anzubieten, eine neutrale unparteiische Beobachtung und Dokumentation, die Teilnahme an Dorfversammlungen, die Begleitung der Zeuginnen u.a. zu den Gerichtsverfahren, das Weiterleiten von Informationen auf nationaler und internationaler Ebene sowie monatliche Treffen mit CALDH und der Koordinatorin.

CAREA e.V. war bereits von 1992 bis 1998 in der Begleitarbeit in Guatemala tätig. 1998 wurde diese zugunsten der Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/Mexiko eingestellt. Nun wurde beschlossen, die Arbeit von CAREA in Guatemala wieder aufzunehmen. **Es werden dringend Freiwillige gesucht**, die die Zeuginnen in den Prozessen bei der Aufarbeitung der Verbrechen aus der Zeit des Bürgerkrieges zu deren Schutz begleiten. Hierzu wird ein Seminar vom 20. bis 22. Juni in Vendersheim bei Mainz stattfinden. Es werden Leute gesucht, die entweder schon ein Seminar von CAREA oder ähnlichen Organisationen besucht haben, oder die schon andere einschlägige Erfahrungen in Lateinamerika gesammelt haben.

Näheres bei Daniela Tagliaferri, Hintergasse 11, 55578 Vendersheim, Tel. 06732-7308, E-mail: danuwolf@freenet.de